

4058/AB
vom 08.01.2021 zu 4021/J (XXVII. GP)
Bundesministerium bmeia.gv.at
 Europäische und internationale
 Angelegenheiten

Mag. Alexander Schallenberg
 Bundesminister

Minoritenplatz 8, 1010 Wien, Österreich

Herrn
 Mag. Wolfgang Sobotka
 Präsident des Nationalrates
 Parlament
 1017 Wien

Geschäftszahl: 2020-0.736.591

Wien, am 8. Jänner 2021

Sehr geehrter Herr Präsident,

die Abgeordneten zum Nationalrat Dr. Helmut Brandstätter, Kolleginnen und Kollegen haben am 9. November 2020 unter der Zl. 4021/J-NR/2020 an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Reaktion auf chinesische Datensammlung“ gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zu den Fragen 1 bis 3 sowie 5 bis 6:

- *Hat das BMEIA bereits chinesische Behörden kontaktiert, um diesen Fall zu besprechen? Wenn ja, wer wurde kontaktiert? Wurde Kontakt zur chinesischen Botschaft aufgenommen? Wurde ein Diplomat einbestellt?*
- *Wurde eine Protestnote verfasst und der chinesischen Regierung übergeben? Wenn nein, warum nicht? Wenn das Vorgehen als nicht bedenklich eingestuft wird, gibt es vergleichbare Projekte von Seiten der österreichischen Behörden?*
- *Bezieht das Außenministerium die Datenschutzbehörde oder eine andere Behörde in seine Kontakte mit China in dieser Angelegenheit ein?*
- *Gibt es Kontakte nach Ungarn, um zu ergründen, warum die Reaktion dort um so viel schärfer ausgefallen ist?*
- *Gibt es Absprachen mit anderen Staaten, deren Staatsbürger_innen ebenfalls betroffen sind? Plant das BMEIA Initiativen auf EU Ebene zum Thema internationale Datensicherheit?*

Die Stärkung der Cybersicherheit u.a. durch verstärkte Kooperation der innerstaatlichen Stellen ist ein wesentliches Ziel der Regierungspolitik und Teil des Regierungsprogramms. In diesem Sinne wurde im Zusammenhang mit den Zhenhua Files der stellvertretende Missionschef der chinesischen Botschaft in das Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten (BMEIA) geladen und um Aufklärung in dieser Angelegenheit ersucht. Dabei wurde die Besorgnis Österreichs über die Vorkommnisse und Praktiken klar zum Ausdruck gebracht. Als federführendes Ressort betreffend Angelegenheiten der strategischen Netz- und Informationssicherheit wurde das Bundeskanzleramt über dieses Vorgehen in Kenntnis gesetzt.

Österreich unterstützt den verstärkten Fokus der Europäischen Union auf Cyber-Themen im Rahmen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik. Das betrifft unter anderem die Analyse von Bedrohungsszenarien und Übungen sowie die Erstellung eines „Cyberdefence Policy Framework“ und einer „Cyber Diplomacy Toolbox“, die auch Sanktionen vorsieht. Maßnahmen im Rahmen dieser Toolbox beziehen sich allerdings auf „böswillige/malicious“ Cyberaktivitäten, solche liegen nach derzeitigem Informationsstand aber nicht vor. Daher wird aktuell von weiteren Maßnahmen Abstand genommen.

Zu Frage 4:

- *Gibt es Schlussfolgerungen von dieser Verstrickung von Privatunternehmen und den chinesischen Behörden auf die Datensicherheit in Österreich, im Falle dass chinesische Betriebe an Österreichs 5G Netz beteiligt sind? Bitte um Beschreibung.*

Diese Frage fällt nicht in die Zuständigkeit meines Ressorts.

Mag. Alexander Schallenberg

